

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 12

Ursprüngl. Ausgabe.
Zugpreis vierteljährlich 1,50 M. Zu Postbezugs-
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 15. März 1931

Geschäftsstelle: Berlin O2, Neue Markt 6-12IV
Telefon: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.
Einsendungen werden nicht auf genommen.

47. Jahrgang

Der Arbeitsmarkt im Februar.

Gleich wie der allgemeine Arbeitsmarkt ein ständiges Anwachsen der Arbeitslosenziffer zeigt, so hat auch die unseres Berufes noch immer nicht den Höhepunkt überschritten. Zwar ist die Gesamtziffer unserer arbeitslosen Kollegenschaft nur von 25,5 auf 25,9 Proz. gestiegen, doch zeigt das gleichzeitige Steigen der Kurzarbeiterziffer von 33 auf 37 Proz., daß tatsächlich eine weitere nicht unwesentliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen ist. Es sind also rund 63 Proz. der Mitglieder durch völlige oder teilweise Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft gezogen, so daß nur noch ein Drittel unserer Mitglieder voll beschäftigt ist. Auch die verhältnismäßig stärkere Steigerung der Kurzarbeiterziffer in den beiden Gruppen von 17 bis 24, sowie von 25 und mehr Stunden zeigt ebenfalls deutlich die Verschärfung der Krise.

Am deutlichsten zeigt sich der Kontrast in der Gegenüberstellung der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffern der ersten beiden Monate des laufenden Jahres mit denen des Vorjahres. Danach waren vorhanden:

	Arbeitslose	Kurzarbeiter.
1930		
Januar	10 025 = 16,8 Proz.	14 202 = 23,7 Proz.
Februar	10 922 = 18,4 Proz.	14 731 = 24,8 Proz.
1931		
Januar	14 407 = 25,5 Proz.	18 687 = 33,0 Proz.
Februar	14 564 = 25,9 Proz.	20 802 = 37,0 Proz.

Wenn man damit noch die durchschnittlichen Arbeitslosenziffern der Vorkriegszeit von annähernd 3 Proz. in Vergleich stellt, dann ergibt sich jetzt eine acht- bis zehnfache Steigerung der Arbeitslosenziffer gegenüber der Vorkriegszeit. Nur der Monat Dezember des Katastrophenjahres 1923 weist höhere Arbeitslosenziffern auf, sonst sind solche hohen Ziffern in der Geschichte unseres Verbandes noch nie dagewesen.

Am stärksten ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor in der Etuisindustrie, in der 53,6 Proz. der Mitglieder arbeitslos sind und 44 Proz. verkürzt arbeiten. Hier ist es nach wie vor Eisenberg, das weit unter allen anderen Orten eine ganz besonders hohe Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffer aufweist. Ebenso zeigt die Kartonnagen-Industrie einen abnorm hohen Stand an Arbeitslosen. In Luckenwalde, Seiffhennersdorf, Fahr und Berlin sind nahezu alle Branchenangehörigen von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen.

Von den Städten, die vorwiegend für das Buchbindergewerbe in Frage kommen, sind

insbesondere Leipzig und Stuttgart zu nennen, die 82 bzw. 80 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter haben. Auch Bielefeld, das die ganzen letzten Jahre hindurch eine ausnahmsweise gute Konjunktur aufzuweisen hatte, hat jetzt 58 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter. Nur einige maßgebende Städte von Rheinland und Westfalen zeigen nach wie vor einen verhältnismäßig günstigen Beschäftigungsgrad.

In der Lüten- und Beutel-Industrie hat sich die Lage des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vormonat wenig verändert, sie ist nach wie vor eine sehr schlechte.

Die katastrophale Lage des Arbeitsmarktes wirkt sich naturgemäß in ebenso starkem Maße in der geleisteten Arbeitslosenunterstützung und Beitragszahlung aus. Während wir im IV. Quartal 1929 noch 572 367 M. an Beiträgen vereinnahmten und nur 144 238 M. an Arbeitslosenunterstützung auszahlen mußten, betrug im IV. Quartal 1930 die Einnahme an Beiträgen rund 100 000 M. weniger, nämlich 478 768 M., während für Arbeitslosenunterstützung 209 466 M. ausbezahlt wurden, also 45 Proz. mehr als im Vorjahre.

Die Konjunkturberichte, die für 36 000 Beschäftigte vorlagen, zeigten im großen und ganzen das gleiche trübe Bild. Es sind auch noch keine Anzeichen vorhanden, daß in den nächsten Wochen eine Besserung der Geschäftslage zu erwarten ist.

Die Mitgliederzahl ist weiter um 300 zurückgegangen, sie beträgt gegenwärtig 56 238, darunter 36 388 oder 65 Proz. Kolleginnen.

* * *

Wo ist die Arbeitslosigkeit am größten?

Bei den monatlichen Abhandlungen über das Ergebnis unserer Arbeitslosenstatistik haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zu Norddeutschland in Südwestdeutschland sowie in Rheinland-Westfalen die Lage des Arbeitsmarktes bei weitem nicht so schlecht ist wie in Norddeutschland. Durch eine seit Dezember vorigen Jahres durchgeführte neue Verarbeitung des Materials, das der DGB den Gewerkschaften jetzt regelmäßig zugänglich macht, gewinnt diese Beobachtung weiteren Boden. So hatte die Konjunkturgruppe im Dezember 1930 im Reichsdurchschnitt 24,3 Proz. Arbeitslose, während Pommern mit 32,8 Proz. den höchsten Stand, dagegen Rheinland und Südwestdeutschland nur 19,6 bzw. 20,1 Proz. Arbeitslose aufwies. Ebenso zeigte die Saisongruppe im Reichsdurchschnitt 31,8 Proz. Arbeitslose, während diese Ziffer

im Landesarbeitsamtsbezirk Ostpreußen und Pommern die Höhe von 45,5 bzw. 46,1 Proz. erreichte. Ein ähnliches Bild zeigt sich nach den Januarberichten.

Betrachtet man sich das graphische Gewerbe einschließlich Buchbinderei, dann zeigt sich die gleiche Erscheinung. Ende Januar 1931 waren von 100 Verbandsmitgliedern arbeitslos:

	Im Reichsdurchschnitt	Schlesien	Brandenburg	Westfalen	Südwestdeutschl.
Buchbinder	25,5	27,2	31,1	16,1	16,5
Buchdrucker	22,3	22,0	24,1	22,7	17,9
Lithographen	26,8	38,3	24,2	23,0	15,9
Graph. Hilfsarbeiter	22,4	23,1	25,1	15,1	12,1

Während wir also im Reichsdurchschnitt 25,5 Proz. Arbeitslose hatten, stieg diese Ziffer in Schlesien auf 27,2 und in Brandenburg auf 31,1 Proz. Dagegen hatten Westfalen zu gleicher Zeit nur 16,1 und Südwestdeutschland nur 16,5 Proz. Arbeitslose. Ähnlich war das Verhältnis bei den graphischen Hilfsarbeitern, die im Reichsdurchschnitt 22,4 Proz. Arbeitslose hatten, während diese Ziffer in Schlesien auf 23,1 Proz. und in Brandenburg auf 25,1 Proz. stieg, wohingegen sie in Westfalen und Südwestdeutschland auf 15,1 bzw. 12,1 Proz. sank. Ein ähnliches Bild zeigen die betreffenden Ziffern des Verbandes der Lithographen und die der Buchdrucker.

Ein umgekehrtes Verhältnis zeigt sich bei den Kurzarbeitern. Hier weisen im allgemeinen Ost- und Norddeutschland nur geringe Ziffern auf, während West- und Südwestdeutschland mit den Kurzarbeiterziffern stets weit über den Reichsdurchschnitt stehen. Die Gesamtziffern der Konjunkturgruppe genommen, betrug der Reichsdurchschnitt der Kurzarbeiter im Januar 22,6 Proz. Dagegen standen im Landesarbeitsamtsbezirk Ostpreußen von 100 Gewerkschaftsmitgliedern nur 6,7 Proz. in Kurzarbeit. Pommern hatte 7,3 und die Nordmark 10,8 Proz. Kurzarbeiter, während Südwestdeutschland mit 39,4 Proz. den Höchststand an Kurzarbeitern aufwies.

Außer dem Saisongewerbe, das eine Arbeitslosenziffer von 60 bis 80 Proz. aufweist, haben in der Konjunkturgruppe die Tabakarbeiter, die Sattler und die Holzarbeiter mit 58,5, 50,9 bzw. 47,9 Proz. die höchste Arbeitslosenziffer. Prüft man die einzelnen Verbände nach den Vorkriegsberichten, dann stehen die Schuhmacher am tiefsten, die 87,3 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter haben. Ihnen folgen dicht auf den Füßen die Textilarbeiter mit 85 Proz., die Tabakarbeiter mit 77 Proz. und die Futurarbeiter sowie Sattler mit je 73 Proz. Und trotz dieser trostlosen Lage ist noch keine Besserung abzusehen.

50 Jahre Verbandsarbeit in Hannover.

Am 14. und 15. März gedenkt die Zahlstelle Hannover, eine der ältesten unseres Verbandes, ihres 50jährigen Bestehens. Wenn die Zahlstelle Hannover dieses Ereignis trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse festlich begeht, dann tut sie das in dem Bewußtsein, daß sie die Arbeit ihrer Vorkämpfer und den hinter ihr liegenden 50jährigen Kampf in entsprechender Weise zu würdigen verpflichtet ist.

Am 1. März war ein halbes Jahrhundert vergangen, daß sich die Kollegenschaft Hannovers wieder sammelte, nachdem der Kürassierstiefel Bismarcks die kräftig auftretende Organisation durch das Sozialistengesetz im Jahre 1878 zertreten hat. Ein halbes Jahrhundert liegt hinter ihr, in dem sie in unermüdlicher Kleinarbeit, mit zäher, nie versagender Energie den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung, den Kampf um mehr Licht und Sonne für das Heim unserer Kollegen und Kolleginnen geführt hat. Nicht gradlinig aufwärts führte der Weg zum Erfolg. Mancher Rückschlag, manche Niederlage hemmte den Aufstieg, ließ auch vorübergehend den Mut der Kämpfer sinken. Doch immer wieder siegte der Gedanke, daß nur durch gemeinsames Handeln in der Organisation der Weg zu einem besseren, schöneren Leben frei gemacht werden kann.

Die Zahlstelle Hannover hatte Vorkämpfer. Am 1. Januar 1858 wurde eine „Buchbinder-Gesellschaft in Hannover“ gegründet, von der nichts weiter bekannt geblieben ist, als daß eine mit reicher Handvergoldung verzierte Buchattrappe, in einem Glaskasten wohlverwahrt, die Jahrzehnte überdauerte, durch alle Werkslokale der Buchbinder mitwanderte, bis sie endlich im Bureau der Zahlstelle einen dauernden Ehrenplatz fand. 1868 bestand eine Vereinigung der Buchbinder, die sich auch auf dem allgemeinen Arbeiterkongreß 1868 in Berlin durch einen Berliner Kollegen vertreten ließ. Auch auf dem 1869 in Leipzig tagenden Kongreß der Buchbinder, Portefeuilier, Etuis- und Kartonnagenarbeiter waren Vertreter der hannoverschen Kollegenschaft anwesend.

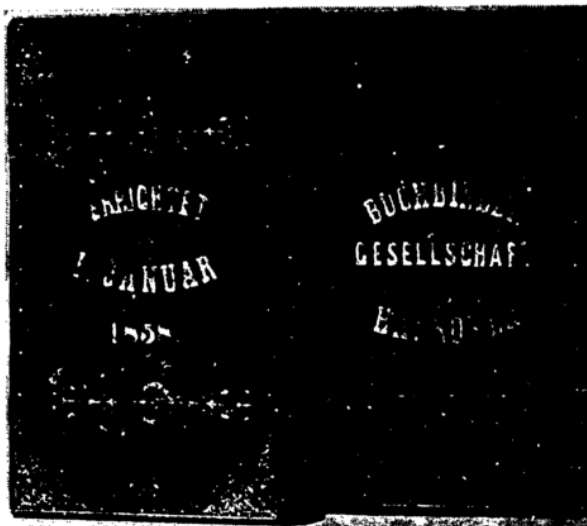
Nach dem Kriege 1870/71 erfolgte am 14. November 1872 die Gründung eines „Buchbindervereins in Hannover“. 1873 führten die Buchbinder Hannovers einen Kampf um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit mit Erfolg durch. Auf dem Buchbindertongreß 1873 in Nürnberg und auf den Verbandstagen 1874 in Frankfurt a. M., 1875 in Hannover und 1877 in Leipzig waren Delegierte aus Hannover vertreten. Nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes (1878) löste sich der Verein im Januar 1879 selbst auf, um einer polizeilichen Auflösung zu entgehen.

Schon 1880, wahrscheinlich aber noch 1879, sammelte sich die Kollegenschaft bereits wieder, denn nach einer Mitteilung in der „Deutschen Buchbinderzeitung“ vom 20. November 1880 wollte der Unterstützungsverein am 28. November sein Stiftungsfest feiern. Weiter wurde etwa zwei Monate vorher aus der Mitte des Unterstützungsvereins ein Gesangsverein, der „Buchbinder-Männerchor“ gegründet. Dieser hat mit zwei geringen Unterbrechungen ebenfalls die 50 Jahre überdauert und mit Musik und Gesang den Vormarsch der Kollegenschaft im Kampf um eine bessere Zukunft be-

gleitet, um heute unter dem Namen „Ulthmann-Chor“ mit der Zahlstelle Hannover gemeinsam sein 50jähriges Bestehen feiern zu können. Am 10. Februar 1881 erließ die hannoversche Kollegenschaft in der in Leipzig erscheinenden „Deutschen Buchbinderzeitung“ einen Aufruf an die deutsche Kollegenschaft zur Gründung einer zentralen Unterstützungskasse der Buchbinder.

Fest steht, daß am 1. März 1881 die Gründungsversammlung eines neuen Unterstützungsvereins stattfand, nachdem vorher am 18. Februar eine Versammlung die Gründung beschlossen hatte. Von den am Ort beschäftigten 220 Kollegen und 80 Kolleginnen schlossen sich 125 Kollegen dem neuen Verein an.

Das Sozialistengesetz gestattete nicht, den neuen Verein als Kampfverein in die Erscheinung treten zu lassen. Unterstützung der Durchreisenden, Pflege der Kollegialität und Geselligkeit waren sein ausgesprochenes Zweck. Das hinderte nicht, bei allen geselligen Zusammenkünften die Frage zu er-



örtern: „Wie bessern wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse?“ Man ging auch sofort daran, eine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranstalten. Dabei wurde festgestellt, daß 1881 in den größeren Betrieben 10½ Stunden und in den kleineren 11 bis 12 Stunden gearbeitet wurde. Lohnarbeiter verdienten 12 bis 15 Mk., Akkordarbeiter 22 bis 23 Mk. und die Kolleginnen 3 bis 7 Mk. die Woche.

Im Jahre 1882 schloß sich der Verein dem neu gegründeten Kartellverband, der seinen Sitz in Stuttgart bekam, an. Im Frühjahr 1883 verwandelte er sich in einen Fachverein, und als auf dem Offenbacher Kongreß der Buchbinder im Jahre 1885 unser jetziger Verband auf föderalistischer Grundlage gegründet wurde, trat der hannoversche Fachverein am 18. April 1885 dem Verbandsverband mit 136 Mitgliedern bei. Die Bedeutung dieser Verbandsgründung erkennend, beging der Verein dieses Ereignis in festlicher Weise. Der Verbandsausschuß erhielt damals seinen Sitz in Hannover, wo er bis zum Berliner Verbandstage im Jahre 1900 verblieb.

Das Jahr 1886 sah die Mitglieder des Vereins in Differenzen mit den Geschäftsbuchfabriken von Elder u. Krilche und Oldemeyer, die in ersterem Betrieb zur Sperre und im zweiten zum Streik führte, der leider erfolglos blieb. Aus Anlaß des 1889 in Hannover statt-

findenden zweiten Verbandstages hatte der Verein wiederum eine umfassende Statistik aufgenommen. Nach dieser arbeiteten in 72 Betrieben 399 Kollegen, davon 339 gelernte, außerdem 339 Kolleginnen. 175 Kollegen waren Mitglieder des Fachvereins. Bei 10½stündiger Arbeitszeit verdienten 248 Lohnarbeiter durchschnittlich etwas über 16 Mk., 151 Akkordarbeiter 19 Mk. und 175 Akkordarbeiterinnen 11¼ Mk. die Woche. Im Jahre 1890 trat die Kollegenschaft zum erstenmal in einen umfassenden Lohnkampf ein. In den größeren Betrieben wurden die zehnstündige Arbeitszeit, ein Minimallohn von 16,50 Mk. und Mehrbezahlung von Ueberstunden errungen. Mitte September arbeiteten 75 Proz. der Gehilfen zu den neuen Bedingungen. Die übrigen traten in den Streik, der jedoch Anfang Dezember ohne Erfolg beendet wurde.

Als 1893 der Verband von Vereinen sich in einen Zentralverband umwandelte, beschloß der Fachverein seine Auflösung, er trat dem Verbandsverband mit 115 Kollegen und 8 Kolleginnen bei.

Im Jahre 1896 stand die Kollegenschaft gemeinsam mit den übrigen graphischen Verbänden im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden und um die Erhöhung des Minimallohnes auf 18 Mk. die Woche. In allen größeren Betrieben wurde die neunstündige Arbeitszeit eingeführt, in den kleineren zunächst die 9½stündige. Die Lohnforderung ging voll in Erfüllung. Die Nichteinhaltung der getroffenen Vereinbarungen führte im Jahr 1897 zum Streik bei der Firma Oldemeyer, der verloren ging und in der Folge einen erheblichen Rückgang an Mitgliedern brachte.

Die nächsten Jahre vergingen mit mehrfachen meist erfolglos verlaufenen Kämpfen in der Kartonnagenindustrie.

Erfolgreich war das Jahr 1903, in dem die Kollegenschaft wieder in einer größeren Bewegung, die für Gehilfen einen Minimallohn von 22,50 Mk., für Bergolder, B. Schneider und Marmorierer einen solchen von 24 Mk., für Arbeiterinnen von 12 Mk. und für Maschinenarbeiterinnen von 15 Mk. in der Spitze brachte.

In der Kartonnagenindustrie kam es auch jetzt wieder zum Streik, der nach vierjähriger Dauer im größten Betrieb zur Einigung führte, in den kleineren Betrieben aber verloren ging. Am Ende des Jahres 1903 waren rund 700 Mitglieder zu verzeichnen.

Im Jahre 1906 beging die Zahlstelle in festlicher Weise ihr 25jähriges Jubiläum, zu dem eine Festschrift herausgegeben wurde.

Dann brachte das Jahr 1906 wieder eine größere Lohnbewegung, deren Ergebnis jedoch durch die großen Kämpfe in den Tarifstädten nicht unerheblich beeinflusst wurde. Die Löhne in Hannover blieben zurück. Der vereinbarte Tarifvertrag hatte Geltung bis zum Jahre 1910. Für dieses Jahr rüstete deshalb die Kollegenschaft, um nachzuholen, was 1906 nicht erreicht wurde. So kam es 1910 zu einem umfassenden Streik von etwa 1100 Personen, der mit unvergleichlicher Begeisterung und Bravour sieben Wochen lang durchgeführt wurde, um schließlich an der Uebermacht des kapitalkräftigen Unternehmertums zu scheitern. Dennoch war in bezug auf die Löhne ein nicht unerheblicher Erfolg zu verzeichnen.

Das größte Verbrechen der Weltgeschichte, der Weltkrieg, entriß der Zahlstelle 50 seiner besten Mitglieder. Aber auch in der Zeit des Krieges tat die Zahlstelle ihr Möglichstes, um durch Teuerungszulagen den Bedürfnissen der Mitglieder Rechnung zu tragen.

In der Zeit nach dem Kriege wurde die Entwicklung in Hannover so sehr von den Vorgängen in der Gesamtorganisation beeinflusst und die Vorgänge in dieser Zeit sind so bekannt, daß es sich erübrigt, hier näher darauf einzugehen.

Den höchsten Stand an Mitgliedern hatte die Zahlstelle im Jahre 1922 mit 2836. Durch den Rückgang der Arbeit in der Geschäftsbuchindustrie und durch die Verlegung der Zigarettenkartonnagenindustrie ging die Zahl der Berufsangehörigen in den nächsten Jahren erheblich zurück, doch zählt die Zahlstelle jetzt immer noch 1622 Mitglieder.

Erhebliches hat die Zahlstelle Hannover für die Bildung, Aufklärung und fachtechnische Ausbildung ihrer Mitglieder geleistet. Fast zwei Drittel der Mitgliederversammlungen dienen dazu, durch Vorträge das Wissen der Mitglieder zu erweitern. Schon im Jahre 1887 richtete der Fachverein einen Berglohnkursus ein, der mit einer Unterbrechung von 1914 bis 1928 noch heute in Tätigkeit ist und bisher gutes geleistet, aber auch erhebliche Kosten verursacht hat.

Manchen Strauß hatte die Kollegenschaft auch mit der Polizei auszufechten. 1888 suchte diese den Unterstützungsverein dem Versicherungsgesetz zu unterstellen. Es blieb ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt. 1896 wiederum sollte die Mitgliedschaft zum politischen Verein gestempelt werden. Sie schlug diesen Angriff ab, indem sie sich auflöste, wodurch die Mitglieder vorübergehend bis zur Umwandlung der Mitgliedschaften des Verbandes in Zahlstellen Einzelmitglieder des Verbandes wurden.

Fünfzig Jahre des Kampfes sind vorüber. Die Geschichte der Zahlstelle Hannover zeigt, wie eine unserer ältesten Zahlstellen ihr möglichstes getan hat, um Aufklärung und Wissen in der Kollegenschaft zu verbreiten, wie sie alles getan hat, um die Lebenshaltung der Kollegenschaft zu verbessern, wie sie im Rahmen des Gesamtverbandes mitgewirkt hat an der Verwirklichung der großen Ziele der modernen Arbeiterbewegung.

An ihrem Ehrentage beglückwünschen wir die Zahlstelle Hannover zu der geleisteten Arbeit und geben der Hoffnung Ausdruck, daß sie immer ein würdiges Glied des Verbandes bleiben möge. Dank sei auch den vielen Mitgliedern dargebracht, die in den fünfzig Jahren zum Wachsen und Gedeihen der Zahlstelle beigetragen haben.

S. R.

INTERNATIONALES

Aus der Tschechoslowakei. Warnung vor Zuzug nach Prag!

Die Prager Buchbinderarbeiterschaft steht im schweren Kampf mit den Unternehmern wegen Schaffung eines neuen Kollektivvertrages. Die in Prag derzeit herrschende Arbeitslosigkeit erschwert den Kampf unserer Kollegen und Kolleginnen in bedeutendem Maße. Trotzdem reisen Kollegen und Kolleginnen nach Prag, um dort — in Unkenntnis der Verhältnisse — Arbeit unter tarifwidrigen Bedingungen anzunehmen. Dadurch wird die ernste Situation der um ihre Existenz ringenden Berufsangehörigen noch schwieriger gestaltet.

Aus diesem Grunde sind sämtliche Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen vor dem Zuzug nach Prag eindringlichst gewarnt. Im Falle der Nichtbeachtung dieser Warnung werden sie als bewußte Schädiger der Organisation betrachtet, wofür sie alle Konsequenzen zu tragen haben.

*

Der Zentralpräsident des Schweizerischen Buchbinder- verbandes, Bernhard Peyer †.

Wieder hat der Allhezwinger Tod eine der führenden Persönlichkeiten der internationalen Buchbinderbewegung abgerufen: Kollege Bernhard Peyer, der Zentralpräsident des Schweizerischen Buchbinderverbandes, ist am 6. März im Alter von 58 Jahren gestorben.

Unser Freund und Kollege Bernhard Peyer war seit 1893 Mitglied des Schweizerischen Buchbinderverbandes, zu dessen eifrigsten Funktionären er gehörte. Viele Jahre stand er an der Spitze des Verbandes, der sich unter seiner Leitung zu jeder Zeit als achtunggebietender Faktor im Befreiungskampf der schweizerischen Arbeiterschaft gezeigt hat.

An der internationalen Buchbinderbewegung war Kollege Bernhard Peyer besonders interessiert, seit der Bildung der Internationalen Repräsentantschaft durch die 4. Internationale Konferenz in Bern im Jahre 1920 gehörte er sowohl dieser als auch der sogenannten kleinen Kommission an, die die Geschäfte der Buchbinder-Internationale während der Zeit zwischen den internationalen Kongressen zu erledigen hat und die sich aus führenden Schweizer Kollegen und dem Internationalen Sekretär zusammensetzt. Kollege Peyer hat von der dritten ab an allen internationalen Konferenzen teilgenommen. Sein Rat galt jederzeit etwas, nicht nur in der Schweiz, sondern auch in unserer internationalen Bewegung. Darum wird das Gedenken an ihn jederzeit ein ehrenvolles sein.

*

Aus dem Freistaat Danzig.

Durch die Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich hatten sich die männlichen Mitglieder der Zahlstelle des Deutschen Buchbinder-Verbandes im Jahre 1924, ebenso wie die Zahlstelle des Verbandes der Steindrucker, dem Ortsverein Danzig des Deutschen Buchdruckerverbandes angeschlossen. Die weiblichen Mitglieder wurden in den Verband der graphischen Hilfsarbeiter aufgenommen.

Seit 1923 hatten die Buchbinder die gleichen Löhne wie die Buchdrucker, ein eigener Lohnarif bestand nicht. Im April 1929 glaubten die Buchdruckereibesitzer die Zeit für gekommen, die Lohnhöhe der Buchbinder abzubauen. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Buchdruckerlohn in der Spitze von 69 auf 72 Gulden festgesetzt, während die Buchbinder keine Aufbesserung erhalten sollten. Nach vier Wochen andauerndem Streik kam es zu einem Abschluß von 71 Gulden in der Spitze und ein eigener Manteltarif sollte abgeschlossen werden. Es dauerte jedoch bis Ende Januar 1930, ehe es zu Verhandlungen darüber kam. Nachdem zwei Beratungen stattgefunden hatten, mußten die Verhandlungen wieder vertagt werden, da inzwischen der Streik der graphischen Hilfsarbeiter ausgebrochen war, denen bis zu 40 Proz. vom Lohn abgebaut werden sollte. Da der Kampf auch die Buchbinderabteilungen umfaßte, wurden hierbei auch neun unserer Kollegen ausgesperrt, da sie sich weigerten, Streikarbeit zu verrichten. Weitere Tarifberatungen brachten am 14. April den Abschluß des Mantelvertrages, der auf dem Deutschen Reichstarif für Buchdruckerei-Buchbinder aufgebaut wurde. Einige Bestimmungen des Buchdruckertarifs konnten übernommen werden. Am 16. April gab die Kollegenschaft den Abmachungen in einer lebhaften Versammlung ihre Zustimmung. Ein jahrelang geführter Kampf hatte damit seinen Abschluß gefunden.

Leider ist die Konjunktur derart, daß 40 Proz. der Kollegen arbeitslos sind. Dank der Tüchtigkeit der Innungsmeister sind es gerade die jungausgelernten Kollegen, die nach beendeter Lehrzeit auf die Straße fliegen, um Platz für neue Lehrlinge zu schaffen. Obwohl ein Teil der jungen Kollegen ausgewandert ist und im benachbarten Polen Kondition angenommen hat, bleibt für die zurückbleibenden Kollegen die Lage trostlos, da infolge der politischen Eigenart unseres Freistaates Aussicht auf Beschäftigung kaum vorhanden ist, wenn nicht die Arbeitszeit in aller nächster Zeit wesentlich herabgesetzt wird. Eine gesetzliche Regelung ist vorderhand nicht zu erwarten. Die Gewerkschaften werden alles daran setzen müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Trotzdem wird auch hier versucht, den Gedanken des Lohnabbaus von der Rechtsregierung mit Nazi-Unterstützung populär zu machen.

Am 22. Februar 1931 fand die Generalversammlung der Fachgruppe Buchbinder statt. Als Delegierte waren erschienen: Vertreter des Orts- und Gauvorstandes, der Fachgruppe Steindrucker, der Sparten der Drucker, Maschinensetzer, Handsetzer, Korrektoren und des Bildungsverbandes. Sie entboten der Versammlung die Grüße ihrer Organisationen und wünschten auch weiterhin kollegiales Zusammenarbeiten im Einheitsverband. Aus den Berichten des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Berufsgruppe der Buchbinder infolge der Wirtschaftskrise den größten Prozentsatz der Erwerbslosen stellte. Bei 21 Mitgliedern der Fachgruppe waren am Jahreschluß acht Kollegen arbeitslos. Dazu kommen noch weitere sechs bis acht Kollegen, die der Fachgruppe bzw. dem Verbandsverband nicht angehören, so daß mit etwa 40 Proz. der Gesamtkollegen als Arbeitslose gerechnet werden muß. Im Laufe des ganzen Jahres waren 13 Mitglieder 340 Wochen arbeitslos. Der Beitrag zur Fachgruppe wurde wieder auf 20 Pf. pro Woche festgesetzt. Der Verbandsbeitrag beträgt 3,60 bis 5,60 Gulden. Beschlossen wurde, dem Bildungsverband korporativ beizutreten. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Es sind dies die Kollegen Materne, Rud. Schwarz und Ceratzki.

*

Forderung auf bezahlten Urlaub in Dänemark.

Bei den bevorstehenden Verhandlungen über den Neuabschluß des Tarifvertrages wird die Forderung eines bezahlten Urlaubs für alle Kollegen und Kolleginnen eine erhebliche Rolle spielen. Es ist zu begrüßen, daß sich der dänische Verband die internationalen Verbindungen zunutze macht und zur Begründung seiner Forderung auf die Verhältnisse in den Nachbarländern verweist. Deutschland kommt in einer entsprechenden Zusammenstellung verhältnismäßig günstig weg, während Norwegen in bezug auf die Buchbinderei und Papierverarbeitung am besten abschneidet. Zusammenfassend wird gesagt, daß man in fast allen Tarifverträgen des Auslandes Bestimmungen findet, die einen bezahlten Urlaub gewähren. An der Spitze stehen die norwegischen Kollegen mit 12 Tagen bezahlten Urlaub. Nun liegen die Verhältnisse in der Buchbinderei und Kartonnagenindustrie in Norwegen durchaus nicht günstiger für die Unternehmer als in Dänemark. Im Gegenteil, die Unternehmer in Dänemark sind im Vorteil durch die sehr umfangreiche Beschäftigung von jungen Mädchen in der Kartonnagenindustrie, die die niedrigsten Löhne erhalten und durch die viel zu zahlreiche Beschäftigung von Lehrlingen, die von den Buchbindermeistern als eine Stütze des Gewerbes betrachtet werden.

„In den kommenden Tarifverhandlungen wird mit größtem Nachdruck an den Ferienbestimmungen festgehalten werden. Denn, wenn die norwegischen Buchbindermeister und Kartonnagenfabrikanten ihren Arbeitern diese Wohltat angedeihen lassen können, werden die dänischen nicht daran zugrunde gehen.“ So sagt die dänische Verbandszeitung und wir wünschen mit ihr, daß das Bestreben unserer dänischen Kollegen vollen Erfolg haben möge.



Nach dem Sündenfall.

Von E. Westrich.

III.

Und am Morgen ließ sie heimlich ein großes Stüd Butter in der Suppe zergehen, die sie dem Altenteiler auf die Stube trug. Zu Mittag brachte sie diesmal kein Fleisch auf den Tisch, aber sie backte Buchweizenpannluchen, genau wie Querte sie mochte. Sie war berühmt für ihre Fertigkeit im Backen von Buchweizenpannluchen. Und am nächsten Tag mußte Enno, der geschickt wie ein Alter war, im Kanal einen Hecht fangen. Den brachte sie gebraten mit ihrem sonnigsten Lächeln dem Altenteiler, „weil es für alle ja doch nich zulangt“. Querte, dem ihr glattes Wesen ein Greuel war, jauchte sie dafür an.

Am Pfingstsonntag nach der Kirche ging Hinnerk dann hinein in die Altenteilerstube. So schwer war ihm keine Unterredung mit seinem Vater geworden



feit der einen, in der er Querte Wehner mitgeteilt hatte, daß er um eine Dirne ohne Heiratsgut freien wollte.

Bald spitzten auf Flett und Diele Knecht, Magd und Jung die Ohren. Des Bauern Stimme vernahm man fast nicht. Aber die des Alten gellte schrill vor Wut durch Türen und Wände bis in alle Winkel des Hauses. Almut hörte sie zwischen den knospenden Stachelbeersträuchern im Garten. Sie hielt die Händchen ihrer Kinder in ihren und starrte wild vor Angst auf die weißen Wölfschen, die hinter dem lichten Schleier des jungen Birkenlaubes durch den blaß-blauen Himmel schiffen. War es möglich, daß der Alte sein eigen Fleisch und Blut ins Elend stieß aus Rechtshaberei, aus schmutziger Habgucht? Aber das hieß ja den Ast abfägen, auf dem er selbst saß, hieß den Boden weggraben unter den eigenen Füßen.

Endlich das Schließen einer Tür.

Das Schellen in der Stube dauerte fort. Aber der Bauer trat jetzt aus dem Haus. Sein Gesicht glich in diesem Augenblick dem des Alten in seiner starren Verbissenheit. Entsetzt ließ Almut die Hände ihrer Kinder los und ließ zu ihm.

„Hinnerk, um Gottes willen —?“

„Dies hab' ich einmal probiert“, sagte Wehner.

„Wie wieder.“

„Denn willt Wadder nig von sein Forderung ablassen? Du hast ihn von Goldmann gesagt un von Jan — un er will nig nachlassen?“

„Nig.“

„Oh, es is es ein flechten alten Mann!“ Almut ballte die Fäuste.

Stumm nahm der Bauer eine Harke, die am Baum lehnte, und ging nach seinen Bienentörben. Er mußte seine Hände beschäftigen, und er konnte, wollte nicht sprechen über die Reden, die zwischen ihm und seinem Vater gefallen waren Grimm, Gram und Scham arbeiteten zu gewaltig in ihm.



Zur Unterhaltung

Almut, die ihren Mann kannte, drängte nicht. Sie starrte in hilflosem Zorn zu den Fenstern der Altenteilerwohnung hinauf. Soviel Treue und Sorgfalt, eines Engels Geduld neun Jahre lang verschwendet an den garstigen alten Mann, und da er durch einen Verzicht der ihm nicht eine Minute Unbequemlichkeit, nicht die winzigste Entbehrung verursachte, einen Verzicht, der für ihn gar keiner war, Sohn und Tochter und Enkel vom Untergang retten konnte, die ihn auf Händen getragen hatten, weigerte er sich! Sie fühlte, wie der Haß kalt und bitter ihr ins Herz kroch.

Tage gingen hin. Mann und Frau sprachen kaum miteinander. Wenn ihre Augen sich begegneten, wandten sie schein die Blicke ab. Sie fürchteten sich einer vor dem anderen. So oft der Bauer seine Kinder ansah, seufzte er. Nachts schluchzte Almut. Johann rückte näher.

An einem Sonntagmorgen, als die Bienen im hohen Grase summten, begann Almut: „Du mußt Goldmann bald kommen.“

„Ja.“

„Hast sein Zinsen parat liegen?“

„Wenn Wadder das leiden wollt, denn so hätt' ich sie.“

Die Frau redete lebhafter. „Ich mein', du hast mich un dein Kinder lieb, Hinnerk. Sollen wir denn nu wirklich all zu den Bettelheuten werden un den starrköpfigen alten Mann? Was kann er denn groß tun, wenn du ihm dasmal das Geld nich gibst?“

Hinnerk zog eine blühende Aehre aus dem Acker. „Er wird klagen.“

„Un denn mußt vors Gericht?“

„Ja. Denn muß ich vor Gericht meine Aussage machen.“

Die blauen Augen der Frau wurden dunkel. „Du denn — so machst sie.“

Ein paar Augenblicke sahen die beiden stumm einander an, überwältigt von dem Unausgesprochenen, das zwischen ihnen stand. In breiten Wellen wälzte das Korn, das Hinnerk geät hat, das er nicht ernten würde, wenn er seinen Vater auszahlte. Um sie das tiefe Feiertagschweigen des Moors, auf endlosen, braunroten Flächen brennendes Sonnensicht, das fern am Horizont verschwamm, ihnen nah die schattenden Rämme un die Gehöfte, wie grüne Wände das Heiligtum des Hauses schützend, Buchen im ersten Grün, knorrige Eichen mit noch lichten Kronen, Edelkannen, die wie Kerzen die frischen Triebe des Jahres aufgesteckt hatten, und rundherum geeignete Felder, wallende Wiesen, reiß zum Schnitt. Im Feiertag des Frühlings lag das Moor, ihr Grund und Boden, Heimat und Eigentum, mit dem sie verwachsen waren, wie die Eichen und Tannen der Rämme mit ihrem Mutterboden. War es denn möglich, sich loszureißen, zu scheiden von diesem Fleck Erde?

Die Stunde war's, da Mittags- und Sonnenglut in unheimlicher Schwüle über der Fruchtbarkeit der Felder brüteten, die Stunde, da durch die schweigenden Roggenbreiten die Johannisfrau geht, ohne Laut, ohne Farbe, fast ohne Bewegung, von unneinbarem Grauen umwickert, daß Pflanzen und Tiere erschauern, wo sie schreitet, und die Menschen, die sie schauen, das Lachen verlieren.

Da nestelte sich die Frau an ihres Mannes Brust und sprach zu ihm eintönig, einflüend wie der Wind, der in den Aehren spielt, von ihrer großen Liebe sprach sie, von dem Glück dieser neun Jahre. Wollte er das zerbrechen? Ein Bauer ohne Boden war so viel wert wie die abgeriffene Aehre, die Hinnerk in der Hand hielt. Wollte er so seinen Enno ausreißen aus dem Boden, in dem er gewachsen war, daß er, unter die Füße getreten, weckte wie ein entwurzelter Halm? Er, der Vater! wollte er das tun? Querte tat es sicher nicht. Niemals! Wie sollte er denn? Querte hing an seinem Hof. Der starb lieber, als daß er sich davon vertrieb — und das geschah doch, wenn er ihn in fremde Hände brachte. Schimpfen würde er, daran war man gewöhnt. Vor Gericht klagen — rein. Sah Hinnerk nicht ein, daß sein Vater nicht klagen konnte?

Und der alte Mann sollte es ja gut haben, noch besser als bisher. Sparen wollten sie auch. Die Ernte stand verheißungsvoll. Sie hatten eine Menge junger Schweine. Auch Rätter waren noch zu erwarten. Wenn das Jahr sich gut anließ, so zahlte Hinnerk im nächsten seinem Vater von neuem das Geld aus. Ja, sicher.

Hinnerk sprach kein Wort. Er hatte die Hand gegen die Schulter der Frau gestemmt, abwehrend, wie um die Versuchung von sich fortzuschleichen, doch schlaffer und schlaffer bei jedem ihrer Worte wurde diese Hand, immer schwächer ihr Widerstand. Da zwängte Almut sich fest an ihn, herzte und küßte ihn.

„Hinnerk, wenn Goldmann kommt, denn so gibst du das Geld ihm. Was danach kommt, das findt sich! — das findt sich.“



Einige Tage später fuhr Goldmann in seinem Korbwägelchen vor und nahm seine Zinsen und einem Teil seines getiehenen Kapitals mit.

Und dann kam Johannstag und Querte wartete umsonst auf die Auszahlung seiner Rente. Es gab einen furchtbaren Ausbruch. Der Altenteiler tobte. Der Bauer sagte nur den einen Satz, schwer und fest: „Ich kann dir in diesem Jahr das Geld nicht geben, Wadder.“

Gewitterschwüle Tage folgten. Querte Wehner war wie eine geladene elektrische Batterie. Wer ihm nahe kam, den trafen die Funken seiner Wut in empfindlichen Schlägen. (Fortsetzung folgt.)

Warum nicht gleich so?

Wie viele seiner Zeitgenossen, hatte auch Friedrich Hebbel lange warten müssen, bis er die ersehnten Vorbeeren ernten durfte. Als ihn die Öffentlichkeit noch nicht kannte, brachte er eines Tages dem Theaterdirektor Laube ein neues Manuscript, dem er den Titel „Genoveva“ gegeben hatte. Laube prüfte das Theaterstück, fand es gut und empfahl dem jungen Dichter, sich damit an den Grafen Lamoronsky zu wenden der damals Chef der Hoftheater war. Raum hatte dieser jedoch den Titel erblickt, als er ausrief:

„Unmöglich! Wie können wir denn hier im Burgtheater ein Stück spielen, in dem die Genoveva eine Rolle spielt!“

Als Hebbel ihm darauf etwas erwidern wollte, wandte er ihm brüst den Rücken, so daß dem enttäuschten Dichter nichts anderes übrig blieb, als sich zu entfernen.

Als Laube von dem Ausgang der Unterredung erfuhr, lachte er:

„Wissen Sie was, Sie sehen auf das Manuscript den Titel „Maria Magdalena“ und überreichen dem Intendanten das Stück nach vier Wochen noch einmal!“

Hebbel tat wie ihm geraten, und 14 Tage, nachdem er seine Arbeit erneut eingeschickt hatte, ließ ihn der Graf zu sich rufen und empfing ihn äußerst lebenswürdig mit den Worten:

„Ihr neues Stück gefällt mir sehr gut. Das ist doch etwas ganz anderes als diese alten Genoveva-geschichten!“

Für unsere Kolleginnen



Sinnsprüche.

Ist groß der Brunnen oder klein,
das laß dir keine Sorge sein;
aus beiden trinkst du frischen Mut,
ist nur das Wasser rein und gut.

R. Reinick.

*

Der gute Wille ist das Kostbarste in dem Menschen; er gibt allem übrigen Adel und Wert, und darin besteht der ganze Mensch.

Fénelon.

*

Durch zerlumpte Hadern scheint selbst das kleinste Laster durch; Amtsmäntel und pelzverbrämte Röcke decken alles. Plattier die Sünde nur mit Gold, gleich bricht die starke Lanze der Gerechtigkeit ohnmächtig ab; bekleide sie mit Lumpen und eines Narren Strohalm bricht sie durch.

Shakespeare.

Betriebsrätewahl Mitarbeitern ihre Stimme gegeben, die mit den gesetzlichen Bestimmungen wenig und unzureichend vertraut sind, oder haben sie es überhaupt unterlassen, eine Betriebsvertretung zu wählen, dann kann es passieren, daß sie bei einer Entlassung oder bei sonstigen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis um ihre sonst gesetzlich gewährleisteten Rechte kommen. Wie stark sich unsere Kollegenschaft in dieser Beziehung an sich selbst versündigt, das zeigt die Tatsache, daß bei der vorjährigen Betriebsratswahl ein Drittel der Betriebe es unterlassen hat, Betriebsräte zu wählen. Besonders beschämend ist die weitere Tatsache, daß sogar in Großstädten die Mehrzahl der Betriebe ohne die gesetzlich vorgeschriebene Betriebsvertretung blieb. So war z. B. das Verhältnis — um nur einige Städte als Beispiele herauszugreifen — nach dem letzten Betriebsratswahlen in

	Zahl der Betriebe mit Betriebsräten	Zahl der Betriebe ohne Betriebsräten
Berlin	274	283
Hamburg	35	41
Frankfurt a. M.	26	30

Noch schlechter ist das Verhältnis, wenn man unsere männlichen Betriebsräte den weiblichen gegenüberstellt. Obwohl wir in der Papierverarbeitungsindustrie zwei Drittel Kolleginnen und nur ein Drittel Kollegen haben und auch bei unseren Verbandsmitgliedern das gleiche Verhältnis festgestellt werden kann, ist es bei unseren Betriebsräten umgekehrt. Unter 2729 Betriebsratsmitgliedern unseres Verbandes waren nur 922 Kolleginnen, dagegen 1807 Kollegen.

Das darf so nicht bleiben! Man hört unsere Kolleginnen sich so oft darüber entrichten, daß sie nicht den Einfluß im Verband haben, der ihnen infolge ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit zukommt. Darin steckt ein gut Teil Wahrheit. Soll es jedoch anders werden, dann müssen sie sich selbst mehr regen und bereit sein, sich am öffentlichen Leben mehr zu beteiligen. Dazu bieten die jetzt stattfindenden Betriebsratswahlen die beste Gelegenheit. Tausende Streitfälle sind alljährlich für unsere Kollegenschaft in den Betrieben zu schlichten. Hier ist daher die Kollegin die berufenste Vertreterin für die Rechte und Interessen ihrer Mitarbeiterinnen. Niemand darf glauben, daß ihm die Fähigkeit fehle, einen solchen Posten auszufüllen.

Liebe Kollegin! Hast du etwas Interesse und Idealismus — und diese Eigenschaften erwartet man doch von jeder guten Verbandskollegin —, dann wird es schon gehen, denn die nötigen gesetzlichen Bestimmungen lernst du bald kennen. Die notwendigsten Instruktionen gibt dir dein Betriebsmann und weiteren Rat über gesetzliche Bestimmungen erhältst du jederzeit im Verbandsbüro oder im Büro des Ortsausschusses. So wächst du allmählich in die Tätigkeit des Betriebsrats hinein und in ein paar Jahren staunst du selbst über deine Kenntnisse und Erfahrungen, die du dir durch die Praxis zu deinem und deiner Kolleginnen Nutzen angeeignet hast. So soll und muß es sein, wenn wir vorwärtskommen wollen und besonders wir Kolleginnen haben alle Ursache, jede sich uns bietende Gelegenheit zu ergreifen, um an

der weiteren kulturellen Entwicklung und an der Erweiterung der Rechte der Arbeiterinnen tatkräftig mitzuwirken. Das können wir jedoch nur erreichen, wenn jede Kollegin nach ihren Kräften freudig und eifrig mitarbeitet und bei den Betriebsratswahlen nicht den betörenden Redensarten der R.D.-Leute oder den Anhängern der Nationalsozialistischen Partei, sondern nur den Anhängern der auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Mitgliedern ihre Stimme gibt.

Margarete K., Berlin.

Hütet eure Gesundheit.

Die Tatsache, daß in immer steigendem Maße weibliche Arbeitnehmer an Stelle der männlichen in den Fabrikbetrieben eingestellt werden, ist Veranlassung genug, sich mit der Unfallgefährdung der weiblichen Arbeitnehmer zu beschäftigen. Die Verdrängung der Männer durch die Frauen hat seine Ursache in der immer weiter fortschreitenden Arbeitsteilung, in der immer weiter fortschreitenden Rationalisierung. Immer mehr Arbeitsgänge werden aufgeteilt, immer mehr Teilarbeit wird von der leichteren und schnelleren Frauenhand bewältigt. Aber nicht nur schneller ist die Frauenhand, das heißt relativ billiger, sondern auch absolut billiger ist die Frauenarbeit, ein weiterer Grund, Frauenarbeit zu bevorzugen.

Bei einer zahlenmäßig stark gesteigerten Verwendung weiblicher Arbeitskräfte ist es natürlich, daß auch anteilmäßig die Unfallgefährdung zunimmt. Nicht nur die anteilige Unfallhäufigkeit ist gestiegen, sondern auch die prozentuale. Dieses Ansteigen der letzteren hat seine bestimmten Gründe, die teilweise in der Natur der Frau liegen, zum größeren Teil aber andere Ursachen haben. Da ist zuerst einmal festzustellen, daß durch die Rationalisierung und der damit einhergehenden Vereinfachung der Arbeitsweise nicht nur weibliche Arbeitnehmer bevorzugt werden, sondern unter diesen wiederum die Jugendlichen. Ob nun Jugendliche sich besonders gut eignen, an Maschinen zu arbeiten, besonders bei dem Hextempo der heutigen Arbeitsweise, darüber ließe sich streiten. Aber billiger und auch williger sind sie, was für den Unternehmer ausschlaggebend ist.

Sehen wir in diesem Zusammenhang einmal von den Jugendlichen ab, zumal sie im Verhältnis zur Gesamtarbeiterschaft nur einen verhältnismäßig kleinen Teil stellen, dann fällt die verhängnisvolle Steigerung der Unfälle bei den Arbeiterinnen um so mehr ins Gewicht. Die berufstätige Frau hat in den meisten Fällen zu Hause eine Familie, die sie, ehe sie zu ihrer Arbeitsstelle geht, besorgen muß. Da ist der Mann zur Arbeit zu besorgen, die Kinder zur Schule fertigzumachen und die Wohnung ein klein wenig in den Stand zu setzen. Dann ist es aber auch allerhöchste Zeit, zur Arbeit zu rennen. Atemlos, von dem Gedanken geheizt, zu spät zu kommen, was gleichbedeutend mit Abzug, also einer Verkümmern des an sich schon geringen Einkommens ist, langt sie auf ihrer Arbeitsstelle an. Die Nerven sind noch keineswegs zur Ruhe gekommen, da schrillt auch schon die Glocke. Die

Die Bedeutung der Betriebsratswahlen für unsere Kolleginnen.

Haben gute und geübte Betriebsratsmitglieder für die Arbeiterschaft im allgemeinen schon wesentliche, nicht zu verkennende Vorteile, dann trifft dies für die Kolleginnen in noch viel höherem Maße zu. Leider sind unsere Kolleginnen infolge unseres ganzen Erziehungssystems viel eher geneigt, stillschweigend und willfährig alle Ungerechtigkeiten hinzunehmen, die ihnen bei der Arbeit bzw. im Betrieb zugemutet werden, als ihr männlicher Kollege. Von diesem nimmt man im allgemeinen an, daß er doch schon etwas mehr über seine Rechte und Pflichten aufgeklärt ist, die ihm durch unsere soziale Gesetzgebung zustehen. Haben aber schon unsere Kollegen alle Ursache, auf der Hut zu sein, um sich nicht ihrer Rechte zu begeben, dann die Kolleginnen noch viel mehr, da sie meistens viel schutzloser als unsere Kollegen dastehen.

Ein Mittel zur Wahrung ihrer Rechte bietet sich unseren Kolleginnen in den jetzt stattfindenden Neuwahlen der Betriebsräte. Hier haben sie ganz besonders auf dem Damm zu sein und mit zu helfen, daß nur freigewerkschaftlich organisierte Betriebsräte gewählt werden. Mehr als sonst werden diesmal die Roten Gewerkschaftsopposition und die Nationalsozialisten mit klingenden Phrasen um die Gunst der Arbeiterschaft werben. Wir warnen unsere Kolleginnen nachdrücklich, jenen Leuten ihre Stimme zu geben, da sie sowohl ihre Organisation, als auch sich selbst am meisten dadurch schädigen. Verfümen die Kolleginnen diese Wahlen, dann bringen sie sich vollständig um ihre Rechte, obwohl ihnen diese gesetzlich garantiert sind. Denn das Betriebsratsgesetz schreibt vor, daß in bestimmten Klagefällen zunächst erst der Betriebsrat angerufen werden muß, ehe man beim Arbeitsgericht klagbar werden kann. Haben unsere Kolleginnen bei der

Arbeit nimmt ihren Anfang. Das geht so Jahr aus, Jahr ein. Daß eine solche Frau von starken nervösen Erregungen heimgeleitet wird, ist nicht verwunderlich. Sie ist gewissermaßen ein Anwärter auf einen Unfall, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser eintritt. Denn bei vorgeschrittener Arbeitszeit tritt ganz naturgemäß eine Abnahme der geistigen Spannkraft ein. Handelt es sich um eine Maschinenarbeiterin, dann ist der Unfall bald geschehen. Warum hat sie nicht aufgepaßt, sagt der Unternehmer, ohne selbst zu bedenken, daß der Arbeitstag dieser Arbeiterin schon begann, als er selbst noch im Bett lag, daß sie noch in ihrer Häuslichkeit arbeitete, als er sich nach vollbrachtem Tagewerk seiner Familie oder dem Vergnügen widmete.

Ein anderer Grund, doch damit zusammenhängend, ist die ungenügende Ernährung, deren Folgen bei dem Sekttempo der Arbeit die Unfallgefahr steigert. Die berühmten Betriebsumstellungen sind auch so ein Grund, Unfallgefahren heraufzubeschwören. Der Betrieb wird umgestellt, um ihn rentabler zu machen. Die Arbeiterin bangt um ihren Lohn, sie versucht herauszuholen, was herauszuholen ist, denn die Kinder haben immer Hunger, und — der Unfall ist fertig. Hierher gehören auch die Neueinstellungen, das heißt der außerordentlich starke Wechsel der weiblichen Arbeitskräfte. Häufig werden junge Mädchen, die keine Ahnung von der Gefährlichkeit der Maschine haben, von der Straße geholt und an die Maschine gestellt. Diese jungen Mädchen, die genau wissen, daß sie nur kurze Zeit Arbeit haben und bald wieder auf die Straße fliegen, arbeiten, wollen auch leben. Vielleicht müssen ihre Schuhe repariert werden, die Wirtin bekommt noch rückständige Miete. Sie arbeiten ohne aufzusehen, sie haben ja soviel zu bezahlen. Eine Viertelstunde noch, dann ist Feierabend, noch schneller schufeln sie, alle Vorsicht außer acht lassend, und — die Hand ist ab. Niedriger Lohn, soziales Elend war die mittelbare Ursache des Unfalls. Einstellungen von Jugendlichen in großer Zahl, die wirtschaftlich schlechte Lage der Arbeiterin — zum Teil, weil nicht organisiert, selbst verschuldet —, das sind die Gründe, weshalb 1929 eineinhalbmal soviel gewerbliche Arbeiterinnen als vor dem Kriege verunglückten.

Eine nicht geringe Rolle spielt allerdings auch die Gewissenlosigkeit, mit der einzelne Unternehmer Unfälle geradezu heraufzubeschwören, in vielen Fällen direkt verschulden. Es ist doch bekannt — und die Betriebsräte können ein Lied davon singen —, daß die Betriebe frisiert werden, wenn die Gewerbeaufsicht kommt, ja noch frisiert werden, wenn die Beamten sich schon in den Betriebsräumen befinden. Da werden Maschinen zugedeckt, Schutzvorrichtungen angebracht, der Chef jagt alle Meister durcheinander, nur um das Größte zu verstecken. Das ist ein Beweis dafür, daß die Unternehmer in den meisten Fällen wissen, wo sich die Gefahrenquellen befinden. Durch seine Profitgier, sein rücksichtsloses Streben nach Gewinn, läßt er alle Vorsicht außer acht. Daß solche Ausbeutungsmethoden nicht vereinzelt dastehen, lassen die Unfallberichte in den Zeitungen erkennen.

Hier erwächst unseren Betriebsräten eine große Aufgabe. Achtet auf den Unfallschutz, unterstützt die Beamten der Gewerbeaufsicht. Ihr wißt, wo in eurem Betriebe der Unfall auf eure Kolleginnen und Kollegen lauert. Laßt das auch der Gewerbeaufsicht wissen. Verhindert, daß die Unternehmer durch ihre Profitgier euer und das Leben und die Gesundheit eurer Kolleginnen gefährden. Unser Beruf ist nicht so ungefährlich, wie es immer von interessierten Kreisen hingestellt wird. B. M.-B.

Wochenhilfe bei Kassenwechsel und beim Ausscheiden.

Die beiden Rotverordnungen vom Juli und Dezember v. J. haben nicht nur die Leistungen der Krankenversicherung erheblich eingeschränkt. Sie haben darüber hinaus noch einen Wirrwarr erzeugt, der sich in vielen Fällen zum Nachteil der Versicherten auswirkt. Auch heute noch sind sich die maßgebenden Kreise der Krankenversicherung über die Auslegung einzelner Vorschriften nicht einig. Es sei hier einmal auf eine dieser Neuerungen eingegangen, die besonders für unsere Kolleginnen wichtig ist. Es ist dies die Frage, welche Kasse für die Leistungen der Wochenhilfe zuständig ist, wenn die Wöchnerin kurz vor der Entbindung aus der Kasse ausscheidet oder wenn sie während des Leistungsbezuges die Kasse wechselt.

Die Reichsversicherungsordnung bestimmt: „Der Anspruch auf Wochenhilfe bleibt beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen auch dann bestehen, wenn die Versicherte wegen ihrer Schwangerschaft innerhalb sechs Wochen vor der Entbindung aus der Versicherung ausgeschlossen ist.“ Voraussetzung ist hier, daß das Ausscheiden aus der Beschäftigung und damit aus der Kasse wegen Schwangerschaftsschwereben erfolgte, weiter muß es innerhalb sechs Wochen vor der Entbindung erfolgen. Erfolgt das Ausscheiden früher (dauert also der Zeitraum zwischen Ausscheiden und Entbindung länger als sechs Wochen) oder aus einem anderen Grunde (Arbeitsmangel, Kündigung, Streit usw.), dann besteht kein Anspruch auf Wochenhilfe.

Besteht eine Versicherte während des Bezuges der Wochenhilfeleistungen die Kasse, da sie vielleicht nach der Geburt, aber noch während des Erhalts von Stillgeld oder Wochenlohn wieder eine Beschäftigung annimmt, dann bleibt für die weitere Leistungsgewährung die erste Kasse zuständig.

Die beiden bisher erläuterten Bestimmungen bestanden bereits unter dem alten Recht. Durch die Rotverordnung vom Juli 1930 ist jedoch in die Reichsversicherungsordnung eine Bestimmung aufgenommen worden, die sicher im allgemeinen einen Fortschritt bedeutet, bei der Wochenhilfe jedoch zu Zweifeln Anlaß geben kann. Nach dieser können Versicherte, die aus der Kasse ausscheiden, ihre Mitgliedschaft nur bei der Orts- oder Ortskrankenkasse ihres Wohnortes fortsetzen. Diese Bestimmung übt naturgemäß auch ihre Wirkung auf die Wochenhilfe aus. Ein Beispiel sei hier angeführt: Die Wöchnerin scheidet am 1. Januar aus der Ortskrankenkasse Königsberg aus. Sie verzicht nach Halle zu ihren Eltern und kommt hier am 20. Januar nieder. Hat sie nun Anspruch auf Wochenhilfe und wenn ja, an welche Kasse? Hat die Wöchnerin nicht von ihrem Recht der Weiterversicherung in Halle Gebrauch gemacht und ist die Lösung ihres Arbeitsverhältnisses in Königsberg wegen der bevorstehenden Niederkunft erfolgt, dann hat sie Anspruch an die Ortskrankenkasse Königsberg. Hat sie die Beschäftigung in Königsberg aus einem anderen Grunde aufgegeben und sich in Halle nicht innerhalb drei Wochen nach ihrem Ausscheiden als freiwilliges Mitglied angemeldet, dann hat sie überhaupt keinen Anspruch auf Wochenhilfe. Es liegt dann weder die eine Voraussetzung (Ausscheiden wegen Schwangerschaft) vor, noch ist sie Mitglied der halleischen Ortskrankenkasse. Hat sie sich dagegen sofort bei der halleischen Kasse freiwillig versichert, dann hat sie nur Anspruch an diese. Dieser Weg ist für die Versicherte am einfachsten und sichersten. Sehr wichtig ist nun, daß die halleische Kasse die freiwillige Mitgliedschaft nicht ablehnen kann, mit dem Hinweis auf die bevorstehende Niederkunft. Die Kasse ist vielmehr verpflichtet, sie als freiwilliges Mitglied aufzunehmen (falls die Anmeldung fristgerecht innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden geschieht). Sie muß auch die vollen Wochenhilfeleistungen gewähren, wenn die sonstigen Voraussetzungen (Nachweis der Mitgliedschaft) erfüllt sind. Bekter verstoßen immer wieder eine Reihe Kassen gegen diese Regel und lehnen nicht nur den Antrag auf Weiterversicherung, sondern auch die Gewährung der Wochenhilfeleistungen ab. Sie verweisen gern an die frühere Kasse, bei der die Pflichtmitgliedschaft bestanden hat. Dies ist jedoch falsch.

„Ich habe es nicht gewußt!“

Wie oft hört man von Hereingefallenen in Rechtsstreitigkeiten die Worte: „Ich habe es nicht gewußt!“, womit sie ihre Unachtsamkeit entschuldigen wollen. Doch sie kläpfen meistens vergeblich um Verzeihung an, denn das Gericht kennt keine Nachsicht, falls es sich um rechtsverbindliche Abmachungen handelt. In der Mehrzahl ist es die Hausfrau, die erst zu spät einseht, daß sie „ihn“ nicht gewußt hat, nämlich den gemachten Fehler in Rechtsachen, den zu begehen heutzutage in ungezählten Fällen ein jeder in Gefahr ist. Eine große Bedeutung hat der Satz „Unkenntnis schützt vor Strafe nicht!“, der sich im Gesetz so ausdrückt, daß der Schuldner, sofern nicht ein anderes bestimmt ist, Vorlauf und Fahrlässigkeit zu vertreten hat (§ 276 des BGB.). Wer handelt fahrlässig? Darauf antwortet das Gesetz: Fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht läßt! Darum ist es wohl angebracht, hin und wieder kleine Fälle des täglichen Lebens zur Warnung und Belehrung aufzuführen.

Frau B. hatte seit langer Zeit einen Wunsch. Sie war bereit von ihm durchzuführen, daß er beinahe zu ihrem zweiten Ich wurde. Als nun eines Tages der erfüllungsbringende Engel in Gestalt eines Abzahlungsreisenden zu ihr kam, konnte sie nur schwer ihre Freude unterdrücken. Das unwillkürlich aufsteigende Ungemach des hohen Preises wurde verstreut durch die „Zugabe“ des „Nichtfortbegabtenmüllens“. Jeden Tag nur ein „paar“ Pfennig! Also zwei Mark berappt, Unterschrift, Rechnung quittiert und schon hatte sie die heißersehnte Nähmaschine.

Am Abend kam der Mann. Ein Donnern und Blitzen! „Die Maschine ist zu teuer!“

„Aber denk“ doch, nur eine einzige Mark wöchentlich!“

„Nichts da, die Maschine will ich nicht!“

Tränenströme. Acht Tage lang verlassene Suppen und laure Gesichter. Dann kam der erste Mahnzettel. Er flog in die Ecke. Der zweite ebenso. Der dritte blieb mehrere Wochen aus. Ach, sie kommen jetzt die Maschine holen, hoffte man. Aber es blieb still.

Da — eines Tages ein großer Brief mit dem Amtsiegel. Herr B. wurde rot im Gesicht, als er ihn las. „Verhandlung am Landgericht vor dem Amtsgericht Leipzig, . . . dort zu erscheinen . . .!“ stand zu lesen. Der Brief nahm den gleichen Weg wie die Mahnschreiben. Wer etwas von mir will, muß schon zu mir kommen, sagte Herr B. voller Grimm. — Wiederum kam ein großer Brief mit einem Amtsiegel. Nun, denkt Herr B. beim Lesen. „Verurteilung 250 Mark . . . Gerichtskosten . . .!“ Herr B. rennt in die Sprechstunde. Wutentbrannt. Bebt vor Erregung.

„Zeigen Sie die damalige Rechnung!“ wird ihm gesagt. „Aha, lesen Sie!“

Herr B. liest: „Erfüllungsort Leipzig . . .!“

Ruhanwendung: Sorgfältig achte man auf Rechnungsvordrucke. Von größter Wichtigkeit ist der vereinbarte Erfüllungsort (Gerichtsstand § 38 ZPO.) des beiderseitigen Kaufvertrages. „Beiderseitig“ und „vereinbart“?! Sowohl, die unbeschädigte Lieferung der Maschine, ihre Annahme und ganz besonders die Leistung der ersten Zahlung waren teilweise stillschweigende rechtsverbindliche Verträge, zu deren Einhaltung beide Parteien gesetzlich verpflichtet sind! Ebenfalls war der Vordruck auf der Rechnung hinsichtlich des Erfüllungsortes stillschweigend durch die Annahme des Vertrages anerkannt worden! Durch diese Rechtskenntnis ist der Käufer in fast allen Fällen der Benachteiligte. Hätte die Verhandlung am Wohnorte des Käufers stattgefunden, dann wäre die Möglichkeit eines Vergleiches nicht unwahrscheinlich gewesen. Also Augen auf und nichts ungelesen unterschreiben! Peter Loosen.

Gelesene Nummern

der »Buchbinder-Zeitung«

gibt man an seine un-

organisierten Kollegen weiter

Künstlerische Bucheinbände.



Abb. 1.

Abb. 1: Kästebuch in braunem Fasenziegenleder mit Handvergoldung. Glatte Rücken. Der Einband trägt nur das Signet J. A. M. und ist mit einer einfachen Goldlinie abgeschlossen.

Entwurf und Ausführung vom Kollegen **Walter Menge-Darmstadt**.
Abb. 2: Ganzpergamamentband mit durchgezogenen Bünden und Kopfgoldschnitt. Vorder- und Unterschnitt berauft. Handumstochenes Kapital. Titel in schwarzer Tusche. Das Werk ist im Jahre 1773 gedruckt.

Entwurf und Ausführung vom Kollegen **H. Geppert-Bernburg**.

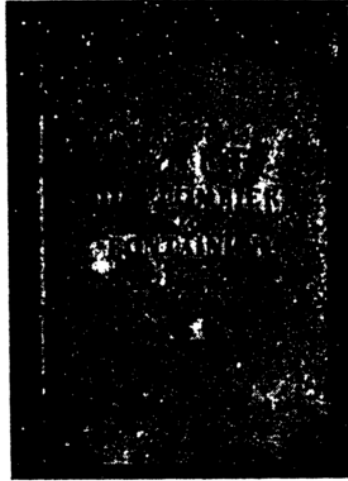


Abb. 2.

Abb. 3: Kritiken (Zeitungs-ausschnitte). In grün Mojestin mit Luchtenlederbesatz. Linien blind abgerollt. Größe des Buches 50 : 35, Stärke 22 cm.

Entwurf und Ausführung vom Kollegen **Eduard Quefeleit-Hagen i. W.**

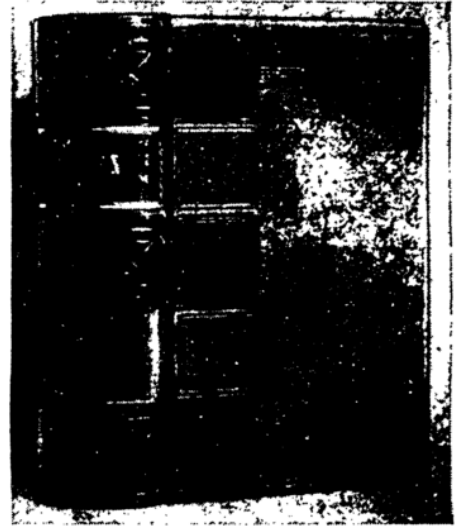


Abb. 3.

Seit 25 Jahren: Achtfundentag in den genossenschaftlichen Betrieben.

Es dürfte nicht ohne Interesse sein, daran zu erinnern, daß für eine Kategorie von Arbeitern und Angestellten bereits vor 25 Jahren der Achtfundentag beschlossen und allgemein durchgeführt wurde. Es war der Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, der im Juni 1905 in Stuttgart tagte und in einer vom Vorstand und Ausschuss des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine vorgelegten Resolution u. a. den Beschluß faßte, für sämtliche Kontor- und Lagerangestellte den achtfundentägigen Arbeitstag einzuführen, also zu einer Zeit, in der der neun- bis zehnstündige Arbeitstag für die Angestellten und Arbeiter noch üblich war. Außerdem wurde auch für sämtliche Angestellte völlige Arbeitsruhe an Sonn- und Festtagen eingeführt. Das versteht man erst richtig zu würdigen, wenn man weiß, daß damals noch alle Geschäfte an Sonn- und Feiertagen sowohl vor- als auch nachmittags ihre Läden offen hielten.

Ferner wurde damals der Beschluß gefaßt, sämtlichen Angestellten eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Gehalts zu gewähren. Wenn man bedenkt, in welcher scharfer Konkurrenz die Genossenschaften mit dem Privathandel standen — und noch stehen! — und daß sie auch in der Entlohnung der Arbeiter vorbildlich waren, dann kann man daran ermessen, welche Pionierarbeit sie damit für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft leisteten. Auch das sollte ein Grund mit sein, daß alle Arbeiterhausaltungen in Anerkennung der Leistungen der Konsumgenossenschaften diesen beistehen und ihren gesamten Warenbedarf nur in diesen decken.

Berichte.

Magdeburg. In unserer am 25. Februar stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende Kollege Wagner den Geschäftsbericht über das vergangene Jahr, der zum erstenmal den Mitgliedern vervielfältigt vorgelegt wurde. Der Mitgliederbestand beträgt — ausschließlich der Beurlingende — 123, im Vorjahre waren es 113. Die Mitglieder-

versammlungen waren zufriedenstellend besucht, im Durchschnitt 40 Anwesende. Zur sachgewerblichen Ausbildung wurde ein Marmorierkursus durchgeführt. Unsere Lehrstabsabteilung hat dank der intensiven Arbeit des Vorsitzenden gute Fortschritte gemacht. Im vergangenen Jahre wurden sechs Lehrlingsversammlungen, ein Ausflug und eine Fahrt nach München zur Besichtigung einer Pappfabrik durchgeführt. Ein starkes Hemmnis in der Aufwärtsentwicklung unserer Lehrstabsabteilung ist die Rückständigkeit so mancher Innungsmeister. Ein kurzer Rückblick über die mit verschiedenen Firmen geführten Verhandlungen wegen Lohndifferenzen und Kündigungen und über die Betriebsrätebewegung ergänzte den Vorstandsbericht. — Hierauf wurde der vom Kassierer, Kollegen Stegmann, vorgelegte Kassenbericht vom IV. Quartal sowie der Jahresabschlussbericht zur Kenntnis genommen.

Anschließend hielt Gewerkschaftssekretär Kollege Berger einen kurzen Vortrag, in dem er sich mit der katastrophalen Finanzlage des Reiches beschäftigte, auf die Hauptursache ihrer Verschärfung, den 14. September, zu sprechen kam und eine gediegene Abrechnung mit der verantwortungslosen Politik der Nationalsozialisten hielt. Eine ausführliche Erklärung der Bestimmungen über die Lohnsteuerrückzahlung bildete den Abschluß seiner Rede.

Kollege Wagner berichtete sodann über die abgelaufenen Lohnkämpfe, was bei den Mitgliedern größten Unwillen auslöste. — Nach Erledigung interner Anträge des Kassierers wurde zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten. Zuvor schickte Gewerkschaftssekretär Kollege Berger in einem kurzen Rückblick das Emporblühen und Gedeihen unseres Verbandes während der vierjährigen Tätigkeit unseres Vorsitzenden und forderte die Mitglieder auf, demselben wiederum ihr Vertrauen zu schenken. Aus dem Votum gingen hervor als 1. Vorsitzender Kollege Wagner, 2. Vorsitzender Kollege Ulrich, Kassierer Kollege Stegmann und Schriftführer Kollege Anhalt. Nach Beendigung der Wahlhandlung wurden noch einige kleinere Angelegenheiten besprochen und konnte sodann die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen werden.

Hamburg. Die am 26. Februar stattgefundene Versammlung der Linierer erfreute sich eines guten Besuchs. Der Obmann, Kollege Gäfke, erstattete einen kurzen Bericht über das verfloßene Jahr, anschließend referierte Kollege Thierbach über die Lohnbewegung. Er gab dabei einen Ueberblick auf die Entwicklung unserer Liniereraktion und zeigte, daß unter den Linierern in Hamburg-Altona noch zu jeder Zeit ein besonders inniges Verbundenheit bestanden habe. Nur durch den engen Zusammenhalt dieser Berufsgruppe in unserem Verband war es möglich, daß für sie in Hamburg-Altona die gleichen Löhne gezahlt werden, wie für die Buchdrucker. Thierbach ging dann auf die äußerst schlechte Wirtschaftslage ein, die auch unseren Beruf nicht verschont hat. Gerade dieser, der sich noch vor einigen Jahren einer guten Entwicklung erfreute, hat in der letzten Zeit durch die

Rationalisierung in den Büros und Kontoren bittere Erfahrungen machen müssen. Das Geschäftsbuch ist fast überall gänzlich verdrängt und hat der Kartei Platz machen müssen. Durch technische Verbesserungen an den Maschinen sind weitere Arbeitskräfte gespart worden, so daß wir jetzt in Hamburg neun arbeitslose Kollegen haben. Das ist eine außerordentlich große Zahl, wie sie Hamburg noch nie aufzuweisen gehabt hat. Hier hat im Gegenteil noch zu jeder Zeit ein Mangel an Linierern geherrscht. Wenn wir in Hamburg einen besseren Lohn erreicht haben, dann ist damit nicht gesagt, daß nun alle Arbeit getan sei. Unsere Kollegen müssen vielmehr jetzt erst recht treu zum Verband halten und alle die Mitglieder, die anfangen wollen wankelmütig zu werden, aufrütteln und auf die Bedeutung unseres Verbandes aufmerksam machen.

Die sich anschließenden Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl der alten Branchenleitung. Anschließend sprach Kollege Bagt das neue Produkt der Wiltschen Linier-Maschinenfabrik, die eine Rotationsliniermaschine mit einer Leistung von 40 000 Bogen pro Stunde herausgebracht hat. Da die Meinungen unserer Kollegen über die praktische Anwendung der Maschine sehr auseinander gehen, soll versucht werden, ihnen die Möglichkeit zu geben, diese Maschine im Betrieb zu sehen. Bei dieser Gelegenheit soll die Firma auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß an diesen Maschinen nur gelernte Arbeitskräfte zur Verwendung kommen dürfen.

Die Versammlungen der Liniereraktion sollen in diesem Jahr jeden zweiten Donnerstag im zweiten Monat des Quartals stattfinden. Anlässlich des Ausscheidens des Kollegen Küster aus dem Dienst des Verbandes wurde der jahrzehntelangen aufopfernden Tätigkeit des Kollegen Küster in ehrender Weise gedacht. Kollege Küster hat seine besten Kräfte für die Kollegenaktion geopfert und wir wünschen, daß ihn noch ein guter Lebensabend beschieden sein möge.

Sirchberg. Unsere Februarversammlung hatte einen weniger guten Besuch aufzuweisen, als wir erwartet hatten. In der Versammlung sprach Kollege Krause über „Die Volksfürsorge“. Er verstand es, den Anwesenden in selbständiger und leicht verständlicher Art die Vorteile der Volksfürsorge darzustellen. In keiner Familie dürfte dieser Zweig der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Zusammenarbeit fehlen. Private Versicherungsgesellschaften und auch die überflüssigen Zeitschriften-Versicherungen sollte man im Arbeiterhaus nicht mehr antreffen.

Anschließend an den Vortrag erstattete Kollege Hölzel den Kassenbericht. Von der Arbeitslosigkeit sind zurzeit fast die Hälfte unserer Mitglieder erfaßt worden, die andere Hälfte ist zu einer Kurzarbeit bis herunter zu 24 Stunden verurteilt. Diese Tatsache läßt den Stand unserer Kasse schon erkennen, sie zeigt, daß wir Reichthümer nicht anheimeln können. Trotz alledem ist es uns dank der Opferfreudigkeit unserer Mitglieder immer noch gelungen, den Ausgezeichneten einen Mietzuschuß zu gewähren. Dann

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 12. Wochenbeitrag für 1931 fällig. Nach § 6 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten. Achet auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

wurde ein kurzer Bericht gegeben über die nunmehr abgeschlossenen Tarifverhandlungen. Aus dem Bericht war zu erkennen, daß wohl selten um jede einzelne Position so hart gekämpft werden mußte wie dieses Mal. Diese Tatsache sollte in unseren Mitgliederkreisen die Erkenntnis festigen, daß nun erst recht der letzte Mann und die letzte Frau in unseren Verband gehört. Wir haben hier an Ort mit unseren Unternehmern besondere Schwierigkeiten, vor allem mit dem Kartonnagenbetrieb Maronne u. Schwarze. Dieser Firma ist kein Vertrag heilig, sie kann ja auch so auftreten, weil es sich die bei ihr Beschäftigten gefallen lassen. Die Drohung mit Entlassung gilt in dieser Firma noch als besonderes Erziehungsmittel. Wir hoffen, daß sich die dortige Kollegenschaft auch einmal auf ihre Menschenrechte besinnen wird.

Unsere nächste Monatsversammlung findet am 17. März statt.

Pforzheim. In unserer am 22. Februar abgehaltenen Hauptversammlung erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Das abgelaufene Geschäftsjahr hat die gehegten Hoffnungen nicht erfüllt. Infolge des schlechten Geschäftsganges war und ist auch heute noch ein großer Teil unserer Mitglieder arbeitslos. Dies ist auch die Ursache, daß wir einen Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen haben. Die Versammlungstätigkeit erstreckte sich auf eine Hauptversammlung, eine öffentliche, zwei Mitglieder- und drei Betriebsversammlungen. Außerdem beteiligten wir uns an einem Bezirksstreifen in Koflersthal. Leider ließ der Besuch bei allen Veranstaltungen zu wünschen übrig. In unserer Zahlstelle haben wir zurzeit fünf invalide Mitglieder, die zusammen monatlich 174 Mk. Rente aus der Verbandskasse erhalten. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten drei unserer Mitglieder ihre 25jährige Zugehörigkeit zu unserem Verband feiern.

Der Kassenbericht führte unseren Mitgliedern vor Augen, was die Organisation für sie leistet, wurde doch ein Mehrfaches der Beiträge, die in der Zahlstelle einzingen, für Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung ausgezahlt.

Im Anschluß an die Berichte wurden einige Anträge interner Natur einstimmig angenommen und darauf die jährliche Ortsverwaltung ebenso einstimmig wiedergewählt. Darauf hielt Gauleiter Kollege Döbbling-Suttgart einen Vortrag über die in der letzten Zeit stattgefundenen Lohnverhandlungen. In treffenden Ausführungen zeigte er, wie schwer es in der gegenwärtigen Zeit ist, zu einem annehmbaren Abschluß zu kommen. Wie die zurzeit für Pforzheim und Lahr laufenden Lohnverhandlungen ausgehen werden, ist noch nicht abzusehen. Der Beifall, den Kollege Döbbling für seine Ausführungen erhielt, zeigte, daß die Anwesenden mit ihm völlig einverstanden waren. Nach Erledigung einiger Anfragen konnte der Vorsitzende die gutbesuchte Hauptversammlung schließen.

Stuttgart. Unsere Generalversammlung vom 2. Februar hatte einen recht schwachen Besuch. Die glänzenden besuchten Versammlungen, in denen über die Lohnverhandlungen berichtet wurde, ließen der Erwartung Raum, mit solch gutem Besuch auch in der Generalversammlung rechnen zu können. Wir wurden aber stark enttäuscht. Den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht ergänzte Kollege Döbbling, nachdem die Ehrung der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder erfolgt war. Fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland ist der Abschluß des Jahres 1930. Aus der Tatsache spricht alles Leid und Elend, das dieser mit sich gebracht hat und von dem auch die arbeitslosen Gewerke nicht verschont geblieben sind. Das ganze Jahr war ein Kampfjahr erster Ordnung die Arbeiterkassen. Das Unternehmertum machte die Wirtschaftskrise zunutze und ließ keine Gelegenheit vorbegehen, um der Arbeiterkassen Belastungen in jeder Hinsicht zuzuwenden. Die stetig steigende Arbeitslosenziffer steigerte noch das Augen nach Abbau aller sozialen Einrichtungen, die Unternehmer damit rechneten, daß sich Arbeitswillige aus Not um jeden Lohn in Hülle und Fülle finden würden. Wäre nicht die entscheidende Hilfe der Gewerkschaften gewesen, dann hätte das arme Proletariat noch größere Verluste erlitten. Arbeitslosenunterstützung wurde durch die Notwendigkeit wesentlich verschlechtert, die Beiträge hierdurch stark erhöht. Die Sozialversicherung wurde ebenfalls in einigen wesentlichen Bestimmungen

reduziert. Erhöhung der Höhe, Einführung neuer Steuern, die in der Hauptsache die arbeitende Bevölkerung belasten, Sonderbesteuerung der Konsumgüter, eine höhere, Bürger-, Getränkesteuer usw. wurden beschlossen, um in den Haushalt des Reiches wieder Ordnung zu bringen. Seit Monaten haben sich die Gewerkschaften gegen einen Lohnabbau zu wehren. Begründet wurde dieser Abbau damit, daß ein beträchtlicher Preisabbau zu verzeichnen wäre und die deutsche Industrie nur durch verbilligte Produkte wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt würde. Diese Gründe sind gerade in unserm Gewerbe an den Haaren herbeigezogen. Der Binnenmarkt ist zweifellos noch außerordentlich aufnahmefähig. Wenn jedoch die Industrie die Dinge nur vom Lohn des Arbeiters aus sieht und eine Besserung nur durch Lohnabbau herbeiführen will, dann verkehrt sie allerdings den einzigen Absatzmarkt, den man noch sicher hat.

Der Ausgang der Reichstagswahlen am 14. September hat die Gesamtlage der Wirtschaft noch wesentlich verschlechtert. Nordstimmung herrscht in Deutschland. Die Gegner der Arbeiterklasse halten den Zeitpunkt für gegeben, ihre Alleinherrschaft wieder aufzurichten. In diesem tobenden Meer stehen die Gewerkschaften als ein unerschütterlicher, unüberwindlicher Fels, an dem sich die Wogen des Gegners zerschlagen. Die freien Gewerkschaften werden mit jedem Gegner fertig werden, wenn er herkommen, wo er will. Ohne Wirtschaft kein Staat, ohne Arbeiterklasse keine Wirtschaft, ohne Arbeiter stehen alle Räder still! Wir haben alle Ursache, das uns Trennende zurückzustellen, um einzig und geschlossen den Abwehrkampf gegen die anstürmende Reaktion zu führen. Zusammenschluß aller Arbeitenden tut bitter not, um die mühsam erkämpften Rechte zu verteidigen.

Der Mitgliederstand hat sich im allgemeinen trotz der schwierigen Verhältnisse gut gehalten, nur 111 Abgänge sind zu verzeichnen, die sich in der Hauptsache aus arbeitslosen Kolleginnen zusammensetzen, die sich nach ihrer Aussteuerung nicht mehr melden. Die Ortsverwaltung war im Jahre 1930 vor außerordentlich schweren Problemen gestellt. Die allgemeine Notlage hat immer neue Anforderungen an die Kollegen der Verwaltung gestellt. Alle anfallenden Aufgaben wurden in 21 Ortsverwaltungsitzungen erledigt. Mitgliedsversammlungen mit Vorträgen wurden 10 abgehalten, außerdem 35 Betriebsversammlungen, 9 Branchen- und Spartenversammlungen, 3 Funktionärskongresse, 2 Frauenversammlungen, 1 Frauentur und 5 Kassenrevisionen. Das Arbeitsergebnis Stützart wurde in fünf Fällen angerufen, im Gaubezirk sechsmal. Versammlungen waren im Gaubezirk 57 notwendig, 14itation wurde in 12 Orten systematisch betrieben. — Der Geschäftsplan muß in allen Branchen als unbefriedigend bezeichnet werden. Ein recht schwerer Schlag ist für unsere Kollegenschaft der Zusammenbruch der Firma Lauter. Diese Firma, eine der angesehensten der Geschäftsbuchbranche in Deutschland, hat am 21. Oktober ganz unerwartet die Zahlungen eingestellt. Bemühungen, den Betrieb zu kanieren, schlugen fehl, da eine Ueberprüfung vorhanden war, die niemand gesucht hat. Lauter hat nun endgültig die Pforten geschlossen und damit 250 Menschen auf lange Zeit brotlos gemacht.

Der Kassenbericht, vom Kollegen Reichert mit Erläuterungen versehen, bot kein erfreuliches Bild. Das 1. und 2. Quartal zeigte für die Verbandskasse noch einen Aktivposten auf: Eingekandt 19 298 40 Mk. Am 3. und 4. Quartal war auch dieser Posten nicht mehr möglich. An Arbeitslosenunterstützung benötigten wir 17 653,80 Mk., was einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 120 entspricht, die leider Ende des Jahres auf 350 gestiegen ist. Länger als ein Jahr ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder haben wir 93. Die Invalidenunterstützung benötigte 17 678.— Mk. Diese bedarf eines gewissen Zuschusses, da Stuttgart an Invalidenbeiträgen nur etwa 6100.— Mk. aufbringt. Um diesen Unterfüllungszweig in der heutigen Höhe aufrecht zu erhalten, ist eine Erhöhung der Beiträge notwendig. Die Lokalkasse konnte noch eine Zunahme verzeichnen, was in der Hauptsache auf die im April beschlossene lokale Beitragserhöhung zurückzuführen ist. Dieser Beitrag findet eine besondere Berechnung und ist bestimmt zur Unterfüllung unserer ausgesteuerten arbeitslosen Mitglieder, sowie zur Finanzierung des Gewerkschaftshausneubaus. Für 1931 wird dieser Fonds unzureichend sein und darum werden für unsere ausgesteuerten Arbeits-

losen wohl größere Beträge aus der Lokalkasse flüssig zu machen sein.

Die anschließende Diskussion wurde von den Kollegen Kemmlinger sen., Bellemann, Tagis, Kemmlinger jun. und Bauer bestritten.

Als einzigen Antrag befracht die Generalversammlung das in diesem Jahr stattfindende 50jährige Zahlstellen-Jubiläum. Ein Teil der Versammlung war der Ansicht, das Jubiläum nicht festlich zu begehen, sondern einen Beitrag für die ausgesteuerten Arbeitslosen auszugeben, während der andere Teil es für eine Pflicht der Zahlstelle hielt, das Jubiläum festlich zu begehen. Die Mehrheit der Versammlung hat sich für das letztere entschieden.

Der Punkt Neuwahlen war rasch erledigt. Die alte Ortsverwaltung wurde wiedergewählt. Ein aufgestellter Kandidat der Opposition erhielt — vier Stimmen. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Versammlungsleiters und der Aufforderung, künftighin für einen besseren Versammlungsbesuch besorgt zu sein, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 16, Ziff. 2 Abs. b und d des Statuts, in Berlin: der Buchbinder Randoor Por, Buch-Nr. 385 856, geboren am 31. Mai 1898 in Szekesfehervar-Ungarn; in Hamburg: der Buchbinder Hermann Nih, Buch-Nr. 357 405, geboren am 17. Juni 1899 in Celle; in Lahr in Baden: der Hilfsarbeiter August Kurz, Buch-Nr. 252 279, geboren am 12. Mai 1892 in Gugsweier.

Die mit der Führung der Ausgeschlossenen-Liste betrauten Funktionäre werden gebeten, ihre Liste zu ergänzen.

Adressenänderung:

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer
Eisenach: B: Albert Süster, Alexanderstraße 25,
K: Olga Egner, Katharinenstraße 151.
Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

- Der Arbeitsmarkt im Februar. Wo ist die Arbeitslosigkeit am größten?
- 50 Jahre Verbandsarbeit in Hannover.
- Internationales: Aus der Tschechoslowakei: Warnung vor Zugug nach Prag. — Der Zentralpräsident des Schweizerischen Buchbinder-Verbandes, Bernhard Peyer t. — Aus dem Freistaat Danzig. — Forderung auf bezahlten Urlaub in Dänemark.
- Zur Unterhaltung: Nach dem Stündenfall. III. — Warum nicht gleich so?
- Für unsere Kolleginnen: Sinnsprüche. — Die Bedeutung der Betriebsratswahlen für unsere Kolleginnen. — Hütel eure Gesundheit. — Wochenhilfe beim Kassenwechsel und beim Ausschreiben. — „Ich habe es nicht gewußt!“
- Künstlerische Bucheinbände.
- Seit 25 Jahren Achtstundentag in den genossenschaftlichen Betrieben.
- Berichte: Augsburg. — Hamburg. — Hirschberg. — Pforzheim. — Stuttgart.
- Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Ausschüsse aus dem Verband. — Adressenänderungen.